

Aktuelle Post aus dem Kreistag (24)



5. Dezember 2014

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

In der letzten Kreistagssitzung in diesem Jahr ging es nochmal richtig turbulent zu.
Darüber berichten wir in der heutigen aktuellen Post:

1. Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses „Schülerbeförderung“
2. Antrag DIE LINKE. Kündigung des Vertrags „Schülerbeförderung“ mit der VGO
3. Dringlichkeitsantrag des Landrats zur Neuordnung der Kommunalen Finanzen im Land Hessen
4. Antrag DIE LINKE. zum TTIP-Freihandelsabkommen
5. Anfrage DIE LINKE. zu den Noteltern
6. Der Schulsozialarbeit fehlt die Finanzierung
7. Rede zum Nachtragshaushalt 2015 – insbesondere Mehrkosten der „Unterkunft und Heizung“ bei Transferleistungen.



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern

erholsame Feiertage und ein gesundes

Neues Jahr in Frieden!

Schülerbeförderung im Wetteraukreis:

Abschlussbericht des Akteneinsichtsausschusses

Der Koalition war während dieser Debatte anzumerken, wie sehr sie ein Ende dieses Themas herbeiwünschte. Doch auch die anderen Parteien, die Vertreter im Kreis-ausschuss sitzen haben, versuchten sich aus der Affaire zu ziehen. So stürmte Alexander Kartmann von der CDU ans Rednerpult und tobte gegen die Koalition los – getreu dem Motto: „Angriff ist die beste Verteidigung“! Schon Tage zuvor konnte man in der Lokalpresse immer wieder lesen: die arme CDU kann ja ganz und gar nichts dafür, dass die Schulwege überprüft wurden und nun ca. 850 Eltern für den Transport ihrer Kinder kein Geld mehr vom Kreis bekommen.

Doch die Realität sieht ganz anders aus:

Neben SPD, Grünen und FDP sitzen nämlich auch CDU und Freie Wähler im Kreis-ausschuss. Einstimmig (!) hatten sie entschieden, dass die VGO die Schulwege zu über-prüfen hat. Sie hatten sogar ein paar magere Kriterien für die Sicherheit der Wege festgelegt und sie haben beschlossen, dass die Eltern im April 2014 Bescheide von der VGO bekommen sollen. Über die Ergebnisse der Überprüfung waren alle rechtzeitig informiert. Niemand – auch nicht die CDU – hatte Einwände oder hat die Tragweite dieser Ent-scheidung überhaupt erkannt. Alle haben geschlafen.

Genau das haben wir in unserer Rede gesagt. Wirklich widersprechen konnte uns keiner. FDP und Grüne gaben sogar ziemlich unumwunden zu, der Sache keine Beachtung geschenkt zu haben. Nur die CDU – die so überhaupt nicht mit dabei gewesen sein will – merkte an: sie hätte gar nicht dagegen sein können, sie hätte ja nicht die Mehrheit im Kreisausschuss.

Das will eine Opposition sein? Da dürften wir Linken ja überhaupt nichts mehr sagen. Die Mehrheit haben wir nirgends. Und dennoch sprechen wir die Dinge an.

Hier unsere Rede im Wortlaut:

„Dieser Abschlussbericht versucht, die politische Tragweite der getroffenen Entscheidung herunterzuspielen. Wichtige Schlussfolgerungen werden nicht gezogen.

Ich führe das aus:

*Im Kreisausschuss wurde schon im Oktober 2013 **einstimmig** beschlossen, die Schulwege zu überprüfen und die Bescheide im April 2014 an die Eltern zu verschicken.*

Demnach haben neben der Koalition aus SPD, Grünen und FDP auch die CDU und die Freien Wähler zugestimmt. Sie alle haben Vertreter im Kreisausschuss sitzen. Sie alle fällten also einstimmig die politische Entscheidung, für ca. 850 Eltern die Schulwege ihrer Kinder nicht mehr zu bezahlen.

Doch erst nachdem es gegen die VGO-Bescheide massiven Protest gab, wurde Ihnen klar, dass Sie ein heißes Eisen im Feuer hatten. Zuvor wurde der Sache anscheinend keine besondere Beachtung zuteil.

Werte Damen und Herren,

der Abschlussbericht trifft zwei wichtige Aussagen:

Erstens obliegt dem Wetteraukreis als Schulträger die Rechts- und Fachaufsicht, was mit der VGO auch vertraglich festgeschrieben ist. Somit hätte im Kreisausschuss jederzeit eine andere politische Entscheidung getroffen werden können.

Außerdem hätte der Kreistagsbeschluss vom 23. Juli 2014 zwingend umgesetzt werden müssen, der eine Aussetzung der Bescheide einforderte.

Stattdessen passierte nichts dergleichen.

Zweitens wurde der Kreisausschuss über den Versand der Bescheide so rechtzeitig informiert, dass Einwände noch möglich gewesen wären. Doch offensichtlich hatte niemand Einwände.

Auch nicht diejenigen, die sich heute als feurige Opposition darstellen.

DIE LINKE. fordert nach wie vor, dass die fraglichen Schulwege weiterhin bezahlt werden, bis Regelungen für die Schulwegesicherheit hier beschlossen sind und ein Vertrag mit der VGO ausgehandelt ist, der eine demokratische Kontrolle durch den Kreistag ermöglicht.“

Zur Erinnerung: Am 29. Juli 2014 hatte DIE LINKE. einen Akteneinsichtsausschuss beantragt. Wir reagierten damit darauf, dass sich die Kreispolitiker und die VGO gegenseitig den Schwarzen Peter zuschoben, wer nun an der Verschlechterung beim Schülertransport schuld sei. Uns war klar, dass die VGO weder die Sicherheitsprüfung der Schulwege allein ausgeheckt hatte noch die Entscheidung, für 850 Eltern den Schultransport ihrer Kinder nicht mehr zu zahlen.

Wir beantragten den Akteneinsichtsausschuss, um die unwürdige Schlammschlacht zu beenden, die um die Schuldzuweisung entbrannt war.

Wir wollten Fakten. Am 8. September 2014 stellte dann auch die CDU einen Antrag für einen Akteneinsichtsausschuss. Danach sogar die SPD.

Sie alle hatten im Kreisausschuss geschlafen – oder sollen wir sagen: soziale Probleme sind ihnen schnuppe? ...so etwas bemerken sie einfach nicht.

Nach der Blamage ist dennoch keine der Parteien willens, die Bescheide auszusetzen und die Schulwege weiter zu bezahlen.

In der Kreistagsdebatte spielten die Schülerinnen und Schüler und die Eltern keine Rolle mehr. Wie sie nun die Transportkosten zahlen oder wie die Kinder in die Schule kommen, ist wohl egal. Nur wir sprachen noch davon, dass die fraglichen Schulwege weiterhin bezahlt werden müssen. Dass es Sicherheitskriterien geben muss, ehe eine Überprüfung stattfinden kann. Und dass es für den Kreistag eine Möglichkeit gegen muss, Einfluss auf die Vorgehensweise der VGO zu nehmen.

Deshalb hatten wir auch den folgenden Antrag gestellt:

Kündigung des Vertrages „Schülerbeförderung“ mit der VGO

Natürlich waren alle anderen Parteien dagegen, dass der Beleihungsvertrag mit der VGO zum nächst möglichen Termin (Jahresende 2015) gekündigt wird.

Wir wollten eine Neuverhandlung auf Augenhöhe: Beide Verhandlungspartner haben ein Interesse daran, einen Vertrag zustande zu bekommen. Dies hätte Bewegung in die Verhandlungen gebracht.

Wir wollten, dass in diesem neuen Vertrag die Fach- und Rechtsaufsicht des Wetteraukreises klar definiert ist. Dass darin die Zuständigkeiten zwischen Kreis und VGO eindeutig geregelt werden – auch die Möglichkeit des Kreistags, politischen Einfluss zu nehmen.

Zudem wollten wir, dass der Kreisausschuss einen Kriterienkatalog erarbeitet, als Grundlage für die Neubewertungen der Schulwege. Insbesondere soll damit der Begriff „Besondere Gefahr“ (§161 Abs.2 Hessisches Schulgesetz) genauer bestimmt werden. Es muss ausgeschlossen sein, dass Schulwege die unbeleuchtet sind, weder der sozialen Kontrolle, noch der Gewährleistung des Winterdienstes unterliegen und zwischen zwei geschlossenen Ortsteilen verlaufen, als sicher und zumutbar erklärt werden.

Unsere vollständige Rede finden Sie hier:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/455-k%C3%BCndigung.html>

Schließlich hatte die Koalition einen eigenen Antrag vorbereitet und mehrheitlich verabschiedet. Darin werden Nachverhandlungen mit der VGO angekündigt.

Nur muss bei Nachverhandlungen die VGO auch immer mit den Veränderungen einverstanden sein.

Offene Fragen der Rechts- und Fachaufsicht sollen mit der VGO geklärt werden.

In Zukunft sollen alle fünf Jahre Sicherheitsprüfungen der Schulwege stattfinden.

Kriterien für die Sicherheit werden nun erweitert und besonders der unklare Begriff „besondere Gefahr“ muss geklärt werden. Doch erhofft sich die Koalition, dass dies der Landtag für sie tut. Daraus wird aber nichts. Denn auf eine kleine Anfrage der linken Landtagsfraktion antwortete der Kultusminister:

„Der Begriff der besonderen Gefahr ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Seine Bedeutung anhand der regionalen und lokalen Verhältnisse näher zu bestimmen, obliegt nicht den Landesministerien, sondern denjenigen Schulträgern, die im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung (§ 147 Satz 1 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG)) zugleich Träger der Schülerbeförderung sind. In Anbetracht der örtlichen Besonderheiten wäre eine landesweite Regelung nicht sachgerecht und zudem nicht rechtmäßig. Wie der Begriff der besonderen Gefahr im Einzelfall ausgelegt und angewendet wird, ist zwar gerichtlich voll überprüfbar, eine abstrakt-generelle Vorgabe von Seiten des Landes wäre jedoch ein unzulässiger Eingriff in das Recht der Aufgabenträger auf Selbstverwaltung.“

Die bisherigen Bescheide an die Eltern bleiben bestehen – über eine Rücknahme wollte niemand mehr nachdenken. Zum Glück konnten durch das Engagement der Eltern einige kleine Verbesserungen durchgesetzt werden. Aber viele der Kritikpunkte wurden nicht nochmal überprüft und bewertet. Ob das jetzt geschehen wird ist nicht klar. Über die demokratische Kontrolle durch den Kreistag wurde nicht weiter gesprochen.

Wir werden unsere linke Landtagsfraktion bitten, aktiv zu werden und eine Änderung des Schulgesetzes zu prüfen. Ein Berichtsantrag ist gestellt und steht derzeit noch aus. Über den Fortgang informieren wir in einer nächsten Ausgabe der „Post“.

Dringlichkeitsantrag des Landrats:

Protest gegen den Neuentwurf der Kommunalen Finanzen in Hessen

Ein Dringlichkeitsantrag des Landrats - der ja auch der Kämmerer des Wetteraukreises ist – fand nicht die nötige zweidrittel Mehrheit. Deshalb kommt er erst im Februar auf die Tagesordnung. Natürlich hat die CDU die Anerkennung der Dringlichkeit verweigert. Mal sehen, was sie im Februar zur Verteidigung ihrer Landesregierung vorbringen wird ... und auch auf die Haltung der Grünen kann man gespannt sein.

Wir unterstützen diesen Antrag sehr gerne. Denn er enthält einen recht klaren Protest gegen den Entwurf des neuen Kommunalen Finanzausgleichs. Bisher fühlten wir uns immer als einsame Rufer in der Wüste, wenn wir eine klare Stellungnahme des Kreises einforderten.

Antrag DIE LINKE.: Ablehnung des TTIP-Freihandelsabkommens

Unser Antrag wurde ebenfalls nicht behandelt. Angeblich, weil er am 12. November nicht vor Mitternacht eingegangen war und deshalb nicht im Ältestenrat vorliegen konnte. Der tagte am 13. November um 16 Uhr. Auch wenn bisher alle Anträge behandelt wurden, die vor der Ältestenratssitzung eingereicht wurden – es wird ihnen nicht erspart bleiben den Antrag im Februar auf die Tagesordnung zu setzen. Man darf auf das Ergebnis gespannt sein: in Florstadt wurde ein ähnlicher Antrag der Grünen angenommen. Wer vorab informiert sein will, kann den Antrag hier lesen:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antrag/C3%A4ge/440-freihandelsabkommen-schaden-auch-der-wetterau.html>

Anfrage DIE LINKE. zu den Noteltern

Seit 1. Januar 2014 ist das Projekt PETRA Träger des Pflegekinderwesens. Wir haben nachgefragt, wie sich die Situation in der ambulanten Pflege (Noteltern) seither

entwickelt hat. Sozialdezernent Betschel gab einen positiven Bericht. Leider können die Zahlen nicht miteinander verglichen werden und eine reale Einschätzung ist nicht möglich. Wir werden dranbleiben.

Die Anfrage und die Antworten sind hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/anfragen/441-gibt-es-ver%C3%A4nderungen-bei-den-noteltern.html>

Der Schulsozialarbeit fehlt die Finanzierung

Die Koalition hatte 2014 beantragt, die Kosten der Schulsozialarbeit zu dritteln. Ein Drittel sollte der Wetteraukreis tragen, ein Drittel die jeweilige Kommune und das letzte Drittel das Land Hessen. Der frühere Kultusminister Banzer hatte einen solchen Vorschlag mal im Landtag gemacht. Doch dort wurde er nicht beschlossen.

Dennoch wurde diese Drittellösung auf tönernen Füßen mit großer Mehrheit im Juli 2014 im Kreistag beschlossen.

Man kann es sich schon denken: Die Drittellösung ist am Land Hessen gescheitert. Es werden nun sogar Sozialarbeitsstellen abgebaut: in Friedberg in der Henry-Benrath-Schule und der Dieffenbach-Schule und in Büdingen in der Schule am Dohlberg.

Die Kosten verbleibender Schulsozialarbeit teilen sich nun Kommunen mit dem Kreis.

Nachtragshaushalt 2015: Kosten der Unterkunft und Heizung

Der Nachtragshaushalt für 2015 ist mehrheitlich beschlossen worden. Besonders gestiegen sind die Ausgaben für Unterkunft und Heizung bei Transferleistungsberechtigten. Wir haben uns auf diesen Punkt in unserer Haushaltsrede konzentriert. An diesem Beispiel kann die ungenügende Sozialpolitik aufgezeigt werden: Eine „Zielvereinbarung“ zwischen Jobcenter und Wetteraukreis will die Kosten der Unterkunft mindern. Dazu werden den Betroffenen Menschen Mietminderungsaufforderungen geschickt. Sie sollen entweder ihren Vermieter zu einer Mietsenkung überreden oder eine billigere Wohnung finden. Gelingt das innerhalb von 6 Monaten nicht, senkt das Jobcenter die Miete ab – auf die Mietobergrenze des Wetteraukreises. Die Mehrkosten müssen die Menschen dann aus der Grundsicherung zahlen.

Diese brutale Vorgehensweise haben wir angeprangert. Wir haben den Wohnungsmarkt beleuchtet und gezeigt, dass die Mietobergrenzen des Wetteraukreises hinten und vorne nicht reichen. Besonders Familien im Ostkreis sind benachteiligt: die Mietobergrenzen wurden dort niedriger angesetzt als noch 2005. Hier wird auf Kosten der Ärmsten der Rotstift geschwungen.

Die komplette Haushaltsrede ist unter diesem link zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/457-der-haushalt-ist-und-bleibt-unsozial.html>

Zur Erinnerung: Im Haushalt 2014/2015 ging die Koalition davon aus, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter Wetterau nicht steigen würde. In unserer Haushaltsrede hatten wir das bezweifelt und den Haushaltsansatz als unrealistisch bezeichnet. Darauf wollte deshalb niemand hören, weil es dann schwieriger gewesen wäre, einen ausgeglichenen Haushalt zu schreiben.

Nun ist es gekommen, wie es zu erwarten war: die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist um rund 300 gestiegen – auf 7824. Damit sind natürlich auch die Ausgaben für Unterkunft und Heizung höher als 2013. Außerdem sind ja auch die Preise gestiegen.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi